

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Ich freue mich, Ihnen heute die erste Ausgabe in der neuen Legislaturperiode zukommen zu lassen. Leider geht das Rot-Grüne Chaos weiter.

Nach dem großen Schaden, den die Bundesregierung mit ihrem außenpolitischen Isolationskurs im transatlantischen Bündnis und in Europa angerichtet hat, folgt nun in kurzer Zeit ein zweiter Schlag gegen Deutschlands Staatsinteressen, gegen die europäische Integration. Die Bundesregierung trägt an vorderster Front zur Aufweichung des von der Vorgängerregierung geschaffenen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bei.

Wir erinnern uns: Zu Beginn des Jahres erfolgte die erste Attacke der Bundesregierung gegen die gemeinsame Währung, als der Blaue Brief aus Wahlkampfgründen verhindert wurde. Anschließend steuerte man sehenden Auges in die Verletzung der Stabilitätskriterien. Niemand widerspricht der inakzeptablen Kritik des Kommissionspräsidenten am Stabilitätspakt, sondern nährt die Kritik zusätzlich mit Sprüchen über angeblich notwendige „größere Flexibilität“.

*IFE*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

Die politische Lage in Deutschland	...S.2
Finanzdesaster	...S.3
Diese Woche im Parlament	...S.5
Daten und Fakten	...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

[ingrid.fischbach@bundestag.de](mailto:ingrid.fischbach@bundestag.de)

## Die politische Lage in Deutschland



►► Schlechter Start der neuen Bundesregierung: Pünktlich zur Vereidigung des Bundeskanzlers und seines rot-grünen Kabinetts kommt mit dem Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute ein neuer Tiefschlag für alle Bürger:

Die Wachstumsannahmen für 2002 und 2003 werden drastisch zurückgenommen. Für dieses Jahr wird praktisch Stagnation festgestellt (0,4 %). Auch im nächsten Jahr wird die beschäftigungswirksame Schwelle nicht erreicht (nur 1,4 %).

Ein echter Aufschwung ist nicht in Sicht. Das Wachstum 2003 in Ostdeutschland ist weitgehend von den Flutaufbauprogrammen bestimmt. Deutschland bleibt mit Portugal Tabellenletzter in Europa.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter (auf 4,1 Millionen), die Beschäftigung nimmt weiter ab (auf 38,7 Millionen). Von den EU-Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit (über 5 %) verzeichnet nur Deutschland einen Anstieg – trotz demographischer Entlastung.

Die Abgabenquote steigt auf 42,3 %, die Steuerquote auf 23,5 %, die Investitionsquote bleibt auf einem historischen Tief, das BIP/Einwohner in Ostdeutschland verharrt trotz höchster Abwanderung seit 1992 auf dem Stand von 1996.

Bei fast allen ökonomischen Kennziffern sind wir wieder da, wo wir 1998 schon standen, in einigen Fällen schlimmer als damals. Verlorene Jahre für Deutschland.

Das Gutachten lässt sich in seiner Kritik an der Bundesregierung an Deutlichkeit kaum überbieten. Insbesondere das Hartz-Konzept wird auf Gartenzwerg-Format zurechtgestutzt.

➤ *„Die Koalitionsvereinbarungen zur Anhebung von Steuern und Sozialabgaben sind das Gegenteil dessen, was wachstumspolitisch geboten ist.“*

- „Ein überzeugendes Konzept für die Konsolidierung hätte zur Folge, dass Unternehmer und Verbraucher mit einer höheren gesamtwirtschaftlichen Dynamik und mit einer niedrigeren Steuer- und Abgabenbelastung in der Zukunft rechnen. ...Vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ist dies aber nicht zu erwarten.“
- „Es ist noch nicht gelungen, die angestrebte Begrenzung der Staatsausgaben durch verlässliche Einsparkonzepte abzusichern.“
- Die Hoffnung, mit den Hartz-Vorschlägen in den nächsten drei Jahren 2 Millionen Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen, wird als „illusorisch“ bezeichnet. Die geplanten Maßnahmen könnten „die hoch gesteckten Erwartungen auf rasche Entlastung am Arbeitsmarkt nicht erfüllen“.
- Bei manchen Hartz-Vorschlägen, wie der Schaffung der Personal-Service-Agenturen, bestehe die Gefahr, dass ein dritter Arbeitsmarkt entsteht, der sich unter Ausschluss marktwirtschaftlichen Wettbewerbs entwickelt: „Solche Arbeitsmärkte verschleiern nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit, sie gefährden auch Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft.“ ◀◀



## Finanzdesaster

▶▶ Die Unehrlichkeit einer amtierenden Regierung hat in diesem Wahlkampf ein bisher unbekanntes Ausmaß angenommen. Insbesondere die wahre Lage der öffentlichen Haushalte ist systematisch verschleiert worden.

Der Finanzminister hat die Lage vorher gekannt. Die Entwicklung der Steuereinnahmen wies schon Ende August auf ein Defizit von mindestens 10 Mrd. Euro hin. Die Nettokreditaufnahme hatte zu diesem Zeitpunkt die zulässige Gesamtverschuldung mit fast 5 Mrd. Euro überschritten.

## Spruch der Woche

*"Die Kurse deutscher Bankaktien rutschen häufig nachmittags, wenn die Investoren in Übersee wach werden. Das hat vielleicht auch mit dem deutsch-amerikanischen Verhältnis zu tun.."*

Rolf-E. Breuer,  
Präsident des  
Bundesverbands deutscher  
Banken und  
Aufsichtsratschef der  
Deutschen Bank

Nun wird Maastricht gebrochen. Die Berechnungen reichen von 3,2 bis 3,7% des BIP für dieses Jahr.



Ein Nachtragshaushalt, der eine Erhöhung der Neuverschuldung um ca. 50 % sanktionieren soll, wird im November kommen. Die Neuverschuldung im nächsten Jahr steigt ebenfalls.

Die Einhaltung der Maastricht-Verschuldungsgrenze ist auch im nächsten Jahr nicht gesichert. Das Ziel des nahezu ausgeglichenen Bundeshaushalts in 2004 ist aufgegeben worden. Hätte der Finanzminister innere Größe, er hätte sein Amt nicht mehr angetreten.

Die internationale Presse:

- *„Berlin ist nicht mehr bestrebt, die Forderungen des Pakts zu erfüllen. [...] All das steckt voller Ironie, da Deutschland in der Vorbereitungsphase der Währungsunion am lautesten strenge Haushaltsdisziplin forderte, weil es die angebliche Nachlässigkeit der Südeuropäer fürchtete.“ (The Guardian, 22.10.02)*
- *„Der härteste Schlag für den Stabilitätspakt, den Euro und das Wohlergehen der Eurozone kommt aus dem rot-grünen Deutschland. [...] Dieses Eingeständnis der Niederlage kommt ausgerechnet aus Deutschland, bis vor kurzem noch europäischer Klassenprimus und stets darauf bedacht, die europäischen Partner zu mehr Finanzdisziplin zu ermahnen.“ (La Repubblica, 17.10.02)*

Dabei muss betont werden: Die Lage der öffentlichen Haushalte ist viel mehr als nur eine technische Finanzfrage. Es geht vielmehr um die Leistungskraft des Gemeinwesens.

Es geht um die Frage, wie weit dieser Staat sich die allgemeine Fähigkeit erhält, seine Aufgaben von der Daseinsvorsorge über die Sicherheit im umfassenden Sinne bis hin zu Bildung und

Chancen für jedermann zu erfüllen. Deswegen ist die Krise der Staatsfinanzen im Kern eine Krise der inneren Verfassung unseres staatlich verfassten Gemeinwesens. Besitzen Schröder und seine Leute genug staatsmännisches Format, eine solche Herausforderung zuzugeben und ernsthaft anzugehen? <<<



## Diese Woche im Parlament

▶▶ **Die Wahl des Bundeskanzlers** hat gezeigt, dass Rot-Grün schon zu Beginn nicht alle Mann an Bord hat.

Die fehlende Stimme bei der Kanzlerwahl und das kritische Herbstgutachten markieren den klassischen Fehlstart der neuen Regierung. <<<

▶▶ **Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Mazedonien:** Der Bundestag entschied am Mittwoch erneut über die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation „Amber Fox“ zum Schutz der internationalen Beobachter in Mazedonien.

Bisher konnte dadurch eine Eskalation in Mazedonien verhindert und die Region stabilisiert werden. Die Soldaten der Bundeswehr haben daran einen großen Anteil. Ihnen ist Dank und Anerkennung auszusprechen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmte der Mandatsverlängerung zu. denn es geht darum, das bisher Erreichte abzusichern. Allerdings haben wir die Debatte dazu genutzt, unsere Kritik an der rot-grünen Außen- und Sicherheitspolitik vorzubringen. Dies wurde in den Debattenbeiträge unserer Redner Paul Breuer und Christian Schmidt deutlich.

Die Regierung Schröder hat nicht nur die transatlantischen Beziehungen schwer beschädigt. Es fehlt ihr darüber hinaus an



Wußten Sie schon,

... dass es zu tolerieren ist, wenn Nachbars Katze gelegentlich durch den Garten spaziert oder sich auf dem Autodach sonnt? Erst wenn sie bei ihren Streifzügen etwas beschädigt, kann der Betroffene vom Tierfreund Schadensersatz verlangen.

einem Gesamtkonzept, wie Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern den weltpolitischen Herausforderungen begegnen soll.

Das gilt für die europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie für die zukünftige Struktur und Ausstattung der Bundeswehr. ◀◀



## Daten und Fakten

### Konjunkturprognosen werden weiter gesenkt:

- **Herbstgutachten:** Rückgang des Wachstums in 2002 auf 0,4% (Frühjahr: 0,9%), in 2003 auf 1,4% (2,5%). Das DIW geht für 2003 sogar von lediglich 0,9% Wachstum aus. Wachstum im Euro-Raum hingegen 0,8% in 2002 und 1,8% in 2003. (Quelle: Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 22.10.2002)
- **Verwaltungsausgaben der Krankenkassen auf Rekordhöhe:** Die gesetzlichen Krankenkassen erwirtschaften einen beträchtlichen Teil ihres Milliardendefizits mit zu hohen Verwaltungsausgaben. Im Jahr 2001 lagen diese Kosten mit insgesamt 7,6 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor. Allein im Vergleich zum Jahr 2000 stiegen die internen Kosten um 4,1%. Experten erwarten auch für das laufende Jahr eine weitere Steigerung der Verwaltungsausgaben. (Quelle: AFP 21.10.2002)
- **Der Konjunkturbericht des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB)** kommt zum Ergebnis: „Die für den Herbst erhoffte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird nicht stattfinden.“ (Quelle: BdB-Konjunkturbericht vom 21.10.2002)



... das Allerletzte!

*Eigentlich sollen Führungskräfte Ihrem Namen gerecht werden und führen. Doch nicht einmal ein Viertel ihrer Arbeitszeit verbringen sie damit, wie eine Studie der Unternehmensberatung Czipin & Proudfoot zeigt. Die Hälfte ihrer Zeit verbringen Firmenchefs weltweit mit Verwaltung. In Deutschland werden von 225 Arbeitstagen nur 63 Prozent produktiv genutzt. Damit schneidet Deutschland aber noch besser ab als die USA (62 Prozent), Frankreich (57) und Großbritannien (51).*

#### Wir erinnern uns:

Walter Riester am 4.9.2002: „Der Herbst wird ein Konjunkturfrühling.“ (dpa)